



Liebe Leser_innen,

nach drei Monaten seit unserem ersten **BILDUNGSRUUF** ist es wieder an der Zeit, Euch und Sie über die Aktivitäten unserer Arbeitsgemeinschaft, aber vor allem auch über aktuelle Entwicklungen in der Bildungslandschaft zu informieren. Wir hoffen, auch mit unserer zweiten Auflage wieder viele interessante Nachrichten an unsere Leser_innen zu verbreiten, die Diskussion in Unterfranken weiterzuführen und freuen uns wieder über positive oder kritische Rückmeldungen.

Drei Themen wollen wir uns mit diesem **BILDUNGSRUUF** besonders annehmen, die derzeit unsere Arbeit im Bezirksvorstand und die politische Bildungsdiskussion betreffen: Am aktuellsten ist dabei sicherlich das derzeit laufende Volksbegehren zum Bayerischen Gymnasiums – die Leser_innen unseres **BILDUNGSRUUFs** finden hier eine griffige Begründung unserer Ablehnung des Volksbegehrens. Bedrohlich wird Bildungspolitik vor allem für Kommunen, wenn sie zu Schulschließungen führt – ein Gutachten der Landtagsfraktion warnt auch für Unterfranken vor anstehenden Schließungen im Mittelschulbereich. Als dritten Themenschwerpunkt möchten wir das Thema „Ganztageschule“ aufgreifen.

Wir wünschen nun eine spannende Lektüre des zweiten **BILDUNGSRUUFs**.

Viel Vergnügen wünschen

Matthias Kihn **Karin Pranghofer**
(Redaktion)

Inhalt:

Editorial	1
Bezirksvorstand	1
Schulschließungen in UFR (!)	2
Volksbegehren G8/G9	3
Nachhilfe für CSU: Ganzttag	4
ULLV-Bildungsgespräch	5
Impressum	5



AfB-Unterfranken im neuen SPD-Bezirksvorstand



Harald Schmid

Anfang Juli wurde in Würzburg/Heidingsfeld der Vorstand der Unterfranken-SPD neu gewählt. Während die großen Arbeitsgemeinschaften hier weiterhin stimmberechtigt berücksichtigt werden, ist die AfB und weitere jüngere Arbeitsgemeinschaften lediglich durch einen beratenden Vertreter im Bezirksvorstand vorgesehen. Für die AfB wird dies in den kommenden zwei Jahren Harald Schmid aus Rimpfar (Landkreis Würzburg) sein. Neben ihm sind auch weitere Mitglieder des AfB-Bezirksvorstandes in der Vorstandschaft der Unterfranken-SPD vertreten: MdL Kathi Petersen wurde mit fast 90% Zustimmung in ihrem Amt als stellvertretende Bezirksvorsitzende bestätigt. Neben ihr ist mit Matthias Kihn ein weiteres Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen in Unterfranken im Bezirksvorstand der SPD vertreten. Insbesondere diese drei Vorstandsmitglieder werden sich auch in Zukunft dafür einsetzen, die Bildungsdiskussion innerhalb der Unterfranken-SPD voranzutreiben.



Kathi Petersen Matthias Kihn



Bildungswissenschaftler Dr. Ernst Röser (Institut für Schulentwicklung, TU Dortmund):

163 Schulstandorte in Bayern sind von Schließung gefährdet!

In Unterfranken sind fünf Mittelschulen akut (!) gefährdet

Umsteuern JETZT, um Schulen im Ort zu halten!

Schon heute reichen an vielen Mittelschulen die Schülerzahlen nicht mehr aus, um Klassen in jeder Jahrgangsstufe zu bilden. Diese sogenannten „Zahn-lückenschulen“ findet man bereits in den Landkreisen **Aschaffenburg, Main-Spessart** und **Miltenberg**. Weitere Mittelschulen in den Landkreisen **Bad Kissingen** und **Würzburg** haben bereits im aktuellen Schuljahr keine Schüler mehr.

Daten des BLLV, Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband, zur gleichen Thematik bestätigen, wohin die Reise geht, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird. Viele

Gemeinden müssten in den nächsten Jahren ihre Mittelschule schließen!

Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb alle Bürgermeister_innen angeschrieben, bei denen schon heute die Schule am Ort vor dem Aus steht. Es wurde ein Gespräch über die Möglichkeiten des Erhalts der Schule durch das Angebot der „Gemeinschaftsschule“ gemacht. Diese Gespräche sollen in der Woche vom 21.-25 Juli 2014 stattfinden.



Als AfB - Unterfranken sind wir natürlich sehr daran interessiert, dass die Bürgermeister_innen der betroffenen Kommunen dieses Angebot der SPD-Landtagsfraktion nutzen und sich trauen, in der Schulpolitik auch neue Wege zu gehen. Sie wären in Bayern nicht die ersten! Das ist wichtig, um ein wohnortnahes Bildungsangebot für die Familien zu erhalten. Je mehr Druck von betroffenen Kommunalpolitikern kommt, desto weniger kann die Staatsregierung die Anträge auf Zulassung von Gemeinschaftsschulen ablehnen.

SPD-Prognose: <http://www.spd-landtag.de/down/Prognose%20der%20Schuelerzahlen%20Unterfranken.pdf>

BLLV-Studie: http://www.bllv.de/fileadmin/Dateien/Land-Bilder/Schule/RSE/Grafiken/Ufr_RSE_Schulen_nach_St_Lkr-4.pdf



Die akut betroffenen Schulstandorte:

- Heimbuchenthal (AB) 59 Schüler
- Euerdorf (KG) 0 Schüler
- Leidersbach (MIL) 59 Schüler
- Arnstein (MSP) 75 Schüler
- Helmstadt/M (Wü) 0 Schüler

Haben Sie / Habt Ihr Kontakt zu den betroffenen Kommunalpolitikern – vielleicht sogar direkt selbst im Stadt- oder Gemeinderat tätig?

Einfach per Mail an bildung@spd-unterfranken.de. Danke!



G9 – G8 – G9 – G8 – G9 – G8 – G9 – G8 – G9 – G8

Mit dem Volksbegehren zur gymnasialen Schuldauer geht der Murks am bayerischen Gymnasium in die nächste Runde. Mit dem Volksbegehren soll die Entscheidung freigegeben werden, ob das derzeitige 8-jährige und/oder das alte 9-jährige Gymnasium an den einzelnen Schulen umgesetzt werden soll.

Hier in der Übersicht einige Positionen, warum die BayernSPD und die AfB das Volksbegehren nicht unterstützen:

Hat die SPD ein Problem mit der geforderten Wahlfreiheit?

Wahlfreiheit klingt danach, dass die Fragen der Schulstruktur vor Ort von der dort handelnden Schulfamilie – Lehrer, Eltern, Schüler, Kommunen – getroffen werden können. Mit dem Gesetzesvorschlag im Volksbegehren wird es diese Wahlfreiheit aber vor allem an kleinen Schulen im ländlichen Raum nicht geben können, weil dort ein Nebeneinander von G8 und G9 anhand der Schülerzahl nicht bewältigt werden kann. Die „Wahlfreiheit“, wie sie die Freien Wähler fordern, schadet dem ländlichen Raum!

Steht die SPD alleine mit ihrer Kritik am Volksbegehren?

Der Landesvorstand der BayernSPD hat sich im Mai für ein klares „Vorwärts zu einem neuen G9!“ ausgesprochen – moderne Pädagogik mit individueller Förderung, denn kein Kind soll verloren gehen! Wir sind der Meinung, dass endlich Schluss sein muss mit der Dauerbaustelle G8. Wir wollen, dass Ruhe an den Gymnasien einkehrt. Dies wollen eigentlich alle in der gymnasialen Schulfamilie: Sowohl der Bayerische Philologenverband als auch die LandesschülerInnenvertretung und viele LehrerInnenpersonalräte wollen wie wir ein neu aufgestelltes G9.

Wo sieht die AfB und die BayernSPD die Herausforderung für das Gymnasium?

Als BayernSPD geht es uns vor allem um eine inhaltliche Diskussion. Sie ist von zentraler Bedeutung und kann nicht, wie im Volksbegehren, mit einer Entscheidung über Schullaufzeiten beantwortet werden. Es geht uns um mehr, als nur um die Frage „G8 oder G9?“.

Wie sieht die Weiterentwicklung des Gymnasiums mit der SPD/AfB aus?

Wir wollen eine Weiterentwicklung des Gymnasiums mit mehr qualitativer Bildungszeit. Wir wollen die zentralen Eckpunkte noch einmal auf den Prüfstand stellen: Lehrplan, Fächerzuschnitte, Stundenverteilung und vor allem die Lernmethode. Nun muss sich die CSU entscheiden, wieviel ihr gute Bildung zum Wohle unserer Kinder an den bayerischen Gymnasien wert ist.

G9 – G8 – G9 – G8 – G9 – G8 – G9 – G8 – G9 – G8



Nachhilfe für die CSU in Sachen „Ganztag“

In unserem letzten Bildungsruf hatten wir bereits das Thema „Ganztag“ angepackt. Nun hat die CSU-Fraktion hierzu ein Positionspapier verabschiedet.

Wir kommentieren:

Das von der CSU-Fraktion vorgestellte Konzept zum Ausbau der Ganztagschulen in Bayern ist sehr fragwürdig. Zwar ist zu begrüßen, dass jetzt auch die CSU einsieht, dass wir in Bayern mehr Ganztagschulen brauchen. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass wir sie auf deren Weg bekommen.



Was fehlt bei der CSU?

1. Gebraucht werden **einheitliche Qualitätsstandards** für einen „Guten Ganztag“ und ein ausreichendes Finanzbudget für die Schulen und Kommunen. Damit kann zum einen qualifiziertes pädagogisches Personal eingestellt werden, damit nicht Eltern oder schlecht bezahlte Hilfskräfte den „Ganztag“ organisieren müssen. Andererseits müssen die Kommunen Schulbaumittel erhalten, um die notwendigen Räume zu schaffen.
2. Notwendig ist es, **Gleichheit zwischen den Schularten** herzustellen: Eltern von Grundschulkindern müssen genauso wie die Eltern von Gymnasiumskindern von Zuzahlungen für das Ganztagsangebot frei gestellt werden. Ausgenommen hiervon: das Mittagessen, das zu zahlen ist. Diese soziale Ungleichheit zwischen den Schularten gilt es, endlich zu beseitigen.
3. Ein **konkreter Ausbauplan** für die Ganztagschulen fehlt erneut – schon wieder wird die Zusage der CSU, „Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahren ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot“ (Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 12. Nov. 2013), unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Mit einer Präsenzpflcht für Lehrerinnen und Lehrer kommen wir hier nicht viel weiter.
4. Zu Wünschen wäre es auch, wenn die CSU endlich die **Antragsvoraussetzungen für Ganztagschulen** verändern würde. Der bisherige Ausschluss der Schulen von der Antragstellung bei einer Klassenmehrung, ist wirklich überholt. Das hat jetzt auch die CSU gemerkt. Hoffentlich handelt sie auch, dann könnten vielleicht die Landkreise in Unterfranken die derzeit NULL KOMMA NULL Ganztagsgrundschulen haben (siehe letzten **BILDUNGSRUF**) endlich auch Anträge stellen.

Vollständige Pressemitteilung: <http://spd-unterfranken.de/meldungen/ganztags-debakel-unterfranken-verschlaeft-den-ausbau-an-seinen-grundschulen/>



Welche Erfahrungen habt Ihr / haben Sie mit Ganztagschulen – vor allem im Grundschulbereich – gemacht? Wir freuen uns auf viele Eindrücke aus allen Ecken von Unterfranken: Einfach per Mail an bildung@spd-unterfranken.de. Danke!



Impressum:
herausgegeben von



Bezirksverband
Unterfranken

Semmelstraße 46
97070 Würzburg

Redaktion:
Matthias Kihn,
Karin Pranghofer

V.i.s.d.P.:
Karin Pranghofer

Bildungsgespräch mit dem ULLV

Unterfränkische SPD-Landtagsabgeordnete treffen Bezirksvorstand des BLLV (ULLV)

Schulschließungen, Gemeinschafts- und Ganztagschulen, Abwanderung von Junglehrern – das waren nur einige der Themen, die bei dem Treffen der vier unterfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten **Kathi Petersen, Georg Rosenthal, Volkmar Halbleib und Martina Fehlner**, mit dem unterfränkischen BLLV-Vorstand besprochen wurden.

Ganz oben stand dabei das Thema Bildungsgerechtigkeit – v.a. im ländlichen Raum – auf der Agenda. „*Es kann nicht sein, dass Kinder aus ländlichen Gebieten schulisch benachteiligt werden, nur weil sie am falschen Wohnort leben*“, so Petersen, die auch Mitglied im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags ist.



Einigkeit herrscht auch bei der Ausstattung mit Lehrerstellen: „*Um angemessene Verhältnisse zu schaffen, bräuchten wir deutlich mehr zusätzliche Lehrerstellen, denn nur weil die Schülerzahlen sinken, heißt das noch lange nicht, dass nicht trotz alledem noch derselbe Bedarf an Lehrern vorhanden ist*“, so Gerhard Bleß, Bezirksvorsitzender des BLLV. Hierzu bemerkte MdL Halbleib: „*Im Nachtrags-Haushalt von 2014 konnten ein paar wenige Stellen zurückgeholt werden. Dennoch sind 770 Lehrerstellen weggefallen, die eigentlich bleiben müssten.*“

Als problematisch betrachten sowohl Petersen als auch die BLLV-Vorstandsmitglieder vor allem die Mobile Reserve, die man so eigentlich gar nicht mehr nennen könne. Diese Reserve sei bereits im Einsatz, fast 50% des Unterrichtsausfalls müsste schulintern gedeckt werden. Der Personalmangel hatte zu Beginn des Jahres an Grundschulen im Landkreis Schweinfurt dazu geführt, dass Lehrerinnen trotz Krankheit zum Unterricht erschienen oder jener komplett ausfallen musste. „*Es kann einfach nicht sein, dass die Budgetierung nach Schülerzahlen und nicht nach Klassen gemacht wird*“, kritisiert Petersen. „*Gute Bildung erfordert mehr als nur Notlösungen.*“